

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 169 (2003)

Heft: 5

Rubrik: Forum und Dialog

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

- Schweizerische und europäische Sicherheitspolitik
- Network Centric Warfare
- Friedensbewegungen

Offiziere der Region Basel fusionieren

An den vergangenen Generalversammlungen der beiden unabhängigen Offiziersgesellschaften Baselland sowie Basel-Stadt entschied der Souverän, die beiden Gesellschaften zusammenzulegen. Nach lebhaften Diskussionen auf stets korrektem Niveau beschlossen schlussendlich mit je gut Zweidrittelmehrheiten die Versammlungsteilnehmer, den Vorschlag der beiden Vorstände zu akzeptieren. An der anschliessenden Gründungsversammlung, unter der Leitung des Tagespräsidenten Oberst Peter Lenz, wurden die neuen Statuten der Offiziersgesellschaft beider Basel vorbehaltlos genehmigt. Auch der Vorstand, bestehend aus in etwa je zur Hälfte Baselländer und Baseltäler, wurde ehrenvoll in sein neues Amt eingesetzt. Mit Applaus wurde der erste Präsident, Oberstleutnant i GSt Peter Malama gewählt. Mit der Zusammenlegung der beiden über hundertjährigen Offiziersgesellschaften will man die Kräfte besser konzentrieren und in der Öffentlichkeit entsprechend noch mehr Flagge zeigen. Auch will man die Kostensteigerung stoppen und raschmöglichst reduzieren.

Walter J. Bucherer, Hptm
 Chef Public Relations
 Offiziersgesellschaft
 beider Basel

Wer sind die Gegner des Militär- und Zivilschutzgesetzes?

Zuerst, was sie nicht sind:
 - Die **Referendumsinitianten** sind **keine Armegegner**. Sie haben seinerzeit gegen Abschaffungs- und Halbierungsinitiativen, für den F/A-18 und für die Waffenplätze usw. an vorderster Front mitgekämpft.
 - Sie sind auch keine **«an Einfallsllosigkeit nicht zu überbietende Phantasten»**, wie sie Bundesrat Schmid zur Eröffnung der Abstimmungskampagne bezeichnete. Sie sind Bürger, welche sich mit der geplanten Reform intensiv auseinandersetzen und zum Teil ihre Vorstellungen schon anlässlich der Vernehmlassung eingebracht haben. Zu ihrer Enttäuschung sind die Planer auf alle diese Anliegen kaum eingegangen.
 Sie setzen sich für eine bessere Armee ein und haben als letzte Möglichkeit von ihrem **demokratischen Recht** des Referendums Gebrauch gemacht.

Sie betrachten die Armeereform XXI jedoch als

- **Konzession an die Armeehalbierer:** Die Armee soll von 22 auf 10 Jahrgänge verkleinert werden, der Zivilschutz von 270 000 auf 120 000. Das ist sogar wesentlich mehr als Halbierung!

Zudem werden Armee und Zivilschutz über das Budget gedrosselt.

- **Konzession an den Zeitgeist:** 3000 Durchdiener pro Jahr dürfen ihre ganze Dienstpflicht an einem Stück erledigen. 6000 Rekruten werden jährlich direkt dem Zivilschutz zugeteilt. Entlassung aus der Dienstpflicht mit 30. So wird der Militärdienst (wenn überhaupt) wie die Pfadi oder die Jugendriege zu einer vorübergehenden Lebensphase. Ein paar Jahre ist man dabei, dann ist dieser Abschnitt abgeschlossen. Verloren geht dabei die Identifikation des Bürgers mit der Armee.

Armee XXI und Zivilschutz XXI sind «Kinder» der 90er-Jahre. Die eingestürzte Mauer, der Zusammenbruch der Sowjetunion, der erhoffte ewige Frieden bestimmten die Planung. Die neuen Bedrohungsformen (11. September 2001, die Gefahren von A-, B- und C-Kampfstoffen in falschen Händen) sind zwar plötzlich allgemein deutlich geworden. Bundesrat, VBS und Parlament sind jedoch kaum darauf eingegangen. **Weder der Verfassungsauftrag zur selbstständigen Landesverteidigung noch der Schutz der Bevölkerung kann im Ernstfall sichergestellt werden.**

Dazu kommt, dass die **Reformen vorangetrieben werden, bevor der demokratische Prozess abgeschlossen** ist: Truppenkörper werden aufgelöst, Armeematerial wird verhöckert, Zeughäuser verkauft, Flugplätze mit bester Infrastruktur zerstört, Sprengobjekte und Festungen werden geschleift oder als Museen freigegeben, die wirtschaftliche Landesvorsorge wird abgebaut. Auch die kostengünstigen und für das heutige terroristische Umfeld bestens geeigneten Flugplatzformationen und Territorialtruppen werden abgeschafft. Dass das VBS heute für die Swisscoy selbst Territorialinfanteristen per Inserat in der NZZ vom 8./9. März 2003 sucht, beweist deren Bedeutung. Da fragt man sich wirklich: weiss die Linke, was die Rechte tut? Die Rettungstruppen werden dezimiert, und unserem weltweit beneideten, flächendeckenden Zivilschutz werden die Mittel entzogen.

Mit der **Abstimmung am 18. Mai 2003** wird entschieden.

Durch die Ablehnung der Gesetzesvorlagen wird der Weg frei für eine Landesverteidigung, die unserem Lande gegen aktuelle Bedrohungen Schutz zu bieten vermag.

J. Streiff-Schmid
 8607 Seegraben

Erste Überlegungen zum Krieg im Irak

1. Eine flächendeckende Verteidigung, die ergänzt wird mit Unterstützung durch Artillerie und Schutz gegen Gefahren aus der Luft, kann doch erhebliche negative Wirkung für einen Angreifer zeigen. Der Kampf um Siedlungen, Häuser, Engnisse, Verkehrsknotenpunkte ist Zeit raubend und aufwändig. Der Angriffsschwung kann verloren gehen, der Verteidiger nützt den Angreifer ab.

2. Eine anzahlmässig grosse Armee, die überall sofort in den Kampf übergehen kann und mit dem Gelände vertraut ist, erzielt eben doch eine nachhaltige Verteidigungswirkung, vor allem dann, wenn der Angreifer in der Zahl der Kämpfer, die den Bodenkrieg führen müssen, unterdotiert ist.

3. Es zeigt sich, dass

a) Schlüsselräume, die zudem noch geländemässige Stärken aufweisen, rasch zu Brennpunkten entscheidender Kampfhandlungen werden;

b) einer kämpfende Armee der Rücken frei gehalten werden muss, sei es gegen Gefahren durch im Hinterland operierende Feindkräfte, sei es gegen innere Instabilität. Im Falle Iraks kann dies der Diktator Saddam Hussein noch mit Gewalt sicherstellen. In Demokratien ist es der Wille zur Unabhängigkeit, der den massgebenden Wehrwillen erzeugt;

c) Logistik problembehaftet ist, und zwar vor allem dann, wenn grössere Distanzen zurückzulegen sind;

d) «Freunde» eigentlich kaum vorhanden sind, wenn Freundschaftsverpflichtungen nationale Interessen tangieren. Frankreich, obwohl Kriegs- und Atomausrüstungslieferant an Irak, kriegsführender Staat ohne UNO-Mandat in Afrika, Deutschland, als Kriegsmaterial- und Massenvernichtungsanlagenlieferant nach Irak, lassen die USA für diesen entscheidenden Moment im Stich. Aber auch der Grossteil derjenigen EU-Staaten, die in der

Vergangenheit von den USA im und nach dem Zweiten Weltkrieg, den Deutschland verursacht hat, sehr profitiert haben, denken nicht daran, tatsächliche Unterstützung zu gewähren.

BR Samuel Schmid, Vorsteher des VBS, erklärte, dass gerade die AXXI die richtige Antwort auf das Geschehen im Irak sei. Dabei ist das Gegenteil richtig: Die bisherige Armee 95, selbstverständlich von den Mängeln befreit, ist die richtige Antwort auf die oben gemachten Feststellungen. Wir müssen unser Land in unserem Land verteidigen, bereits im Frieden geschlossene Bündnisse mit andern Staaten/internationalen Organisationen können rasch zum Nachteil gereichen, wenn der Stärkere im eigenen Interesse bestimmt, was zu geschehen hat. Die Armee darf nicht verkleinert werden, denn sie hat auch wichtige Aufgaben zur inneren Sicherheit zu lösen. Der Wehrwille ist wieder zu stärken durch demonstratives Erinnern an die Pflicht, in der Milizarmee Dienst leisten zu müssen, wie es Verfassung und Gesetz vorsehen.

Johannes Fischer
 Oberst i GSt a D
 6370 Stans

(gekürzt vom Chefredaktor)

Erschreckend alt: Die neuen Kriege

Das Buch von Herfried Münkler mit dem Titel «Die neuen Kriege» ist ausserordentlich lesenswert, wie Dr. Hans Bachofner zu Recht festhält (ASMZ 4/2003, S. 34 f.). Richtigerweise stellt er die Frage, welches die Schlussfolgerungen für das Reformprojekt Armee XXI sind. Die Beantwortung dieser Frage ist Gegenstand der nachfolgenden Zeilen.

Münkler vertritt die Auffassung, dass sich der klassische Krieg, verstanden als Duellsituation zwischen zwei Staaten überholt hat und an dessen Stelle die neuen Kriege getreten seien, welche sich durch Entstaatlichung, Kommerzialisierung und Asymmetrisierung auszeichnen. Er vertritt damit die gleiche Auffassung wie Martin van Crefeld in seinem Buch «Die Zukunft des Krieges»,

der festhält, dass der konventionelle (klassische) Krieg abgedankt habe; künftig würden keine Streitkräfte Krieg führen, sondern Gruppierungen, die Terroristen, Guerillas, Banditen und Räuber genannt würden (van Crefeld, S. 288).

Zum besseren Verständnis seien die Unterschiede zwischen dem konventionellen und dem «neuen» Krieg in tabellarischer Form aufgezogen:

Konventioneller Krieg	Neuer Krieg
Staaten als Gegner	Warlords, die sich bekämpfen
Beachtung des Völkerrechts	keine Beachtung des Völkerrechts
Klarer Ablauf: Kriegserklärung, Kampf, Friedensschluss	Kein klarer Ablauf: Krieg schwelt vor sich hin und dauert meistens sehr lang
Teure Ausrüstung	Billige Ausrüstung (meist Handfeuerwaffen)
Kontrolle durch Politik	Kontrolle durch Warlords (Feldherr und Politiker in einer Hand vereint)
Keine minderjährigen Soldaten	Kindersoldaten
Krieg als Instrument der Politik	Krieg als Geschäft und Lebensinhalt
Krieg als staatsbildender Faktor	Krieg als staatszerstörender Faktor
Keine systematische Gewalt gegen Zivilbevölkerung	Systematische Gewalt gegen Zivilbevölkerung

Neue Kriege werden indessen praktisch ausschliesslich in Drittstaaten geführt, wo Staaten im westlichen Sinn keine lange Tradition haben und Stammesherrschaft gilt. In Westeuropa mit der jahrhundertalten Tradition im Staatswesen ist ein neuer Krieg aber kaum wahrscheinlich, weil er nicht dem Charakter der europäischen Völker entspricht und das Staatswesen viel zu stark verankert ist.

Die Gefahr, welche von solchen «neuen Kriegen» für den Westen ausgeht, sind Flüchtlingsströme, Waffen- und Drogenhandel und damit einhergehend Korruption und Kriminalität. In Ländern, wo das Recht nicht mehr durchgesetzt wird, können sich Kriminelle und Terroristen (wie etwa Osama bin Laden, Afghanistan) einnisten.

Für das Reformprojekt Armee

XXI ergeben sich folgende Konsequenzen:

Die Armee XXI hat sich unverändert an der (zurzeit) zwar unwahrscheinlichsten, jedoch gefährlichsten Bedrohung auszurichten: dem konventionellen Krieg. Sollte es jemals in Europa wieder Krieg geben, so dürfte er auf konventionelle Weise geführt werden und nicht als neuer Krieg. Mit dieser Art der Kriegführung dürfte die Schweiz wohl kaum je

direkt konfrontiert sein. Die Bekämpfung der skizzierten Auswirkungen, welche von den neuen Kriegen in der Dritten Welt ausgehen, ist nicht primär Aufgabe der Armee, sondern der Polizeiorgane. Für die Unterstützung der Polizeiorgane beim Schutz wichtiger Objekte kann die Armee bereits heute beigezogen werden. Im Reformprojekt Armee XXI ist dies unter der Teilaufgabe Raumschutz ebenfalls vorgesehen. Grundlegende Anpassungen ergeben sich somit für die Armee XXI nicht.

Der Krieg im Irak belegt zudem, dass der konventionelle Krieg (leider) keineswegs ausgedient hat: Todgesagte leben bekanntlich länger. Der neue Krieg ist mit Blick auf die jüngste Entwicklung bereits erschreckend alt geworden.

Matthias Kuster, 8022 Zürich

Entsprechend bleibt dann auch die Doktrin im Ungewissen, also die Antwort auf die Frage, wie die Armee ihren Auftrag zukünftig zu erfüllen hat. Dieser Mangel wird übrigens vom neuen Generalstabschef bestätigt.

Zum Hauptauftrag der Armee

Der Verfassungsauftrag an die Armee ist bekanntlich dreifach: Neben der Kriegsverhinderung und Landesverteidigung sind es der Beitrag zur Erhaltung des Friedens und die Unterstützung der zivilen Behörden in ausserordentlichen Lagen. Der Hauptauftrag war bis anhin unbestritten: Es war die Kriegsverhinderung durch Verteidigungsbereitschaft, die Pflicht zum hohen Eintrittspreis, welche der neutralen Schweiz durch die Genfer Konvention auferlegt worden war. Zur Zeit des Völkerbundes, als auch weit und breit keine Bedrohung sichtbar und das Militärbudget auf ein Minimum zurückgeschraubt worden war, begründete Bundesrat Rudolf Minger deshalb die Unentbehrlichkeit der Armee wie folgt: «Wir bedürfen der Armee, um die hohe, vor aller Welt übernommene Pflicht zu erfüllen, unser Land und Volk aus eigener Kraft zu schützen.»

Im Vergleich mit dieser klaren Stellungnahme Mingers in einer Zeit der Wirtschaftskrise irritieren die Äusserungen unserer politischen und militärischen Führung der letzten Jahre. So umschrieb Bundesrat Ogi bereits 1998, also zwei Jahre vor dem «Sicherheitspolitischen Bericht 2000», die zukünftige Auftragsbefreiung der Armee: «Die sicherheitspolitische Lage erzwingt Kooperation, und gleichzeitig ermöglicht sie auch Kooperation.» Gleichzeitig äusserte sich der Generalstabschef H.U. Scherrer zur zukünftigen Armee: «Die Armee kann die Schweiz autark nur noch sehr begrenzt schützen. Autarke Aufgabenerfüllung ist weder sinnvoll noch materiell und technologisch machbar.»

Konsequenterweise wird zwei Jahre später in den «Grundlagen der militärstrategischen Doktrin» denn auch festgehalten: «Das Gros der Armeeaufträge kann unter den gegebenen Bedingungen nur mehr in enger Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Partnern erfüllt werden.»

Während die Forderung nach Kooperation «mit ausländischen Partnern» also von politischer und militärischer Seite gestellt und vom «Sicherheitspolitischen Be-

richt 2000» des Bundesrates abschliessend bestätigt wurde, wurde die Frage nach dem Hauptauftrag der zukünftigen Armee nicht öffentlich beantwortet.

«Wir wollen eine graduelle Gewichtsverlagerung vornehmen»

Die Gewichtsverlagerung der Armeeaufträge hat Bundesrat Adolf Ogi zuhänden seiner Planer angeordnet. So wurde in der Folge vom Verteidigungsauftrag nicht mehr als dem «Hauptauftrag», sondern dem «Kernauftrag» gesprochen. Welcher der zwei verbleibenden Aufträge nun den neuen Hauptauftrag umfassen soll, blieb jedoch unausgesprochen. Es darf angenommen werden, dass es nicht der Armee-Einsatz im Inneren zur Unterstützung der Behörden in ausserordentlichen Lagen ist: Die 42 Territorial-Füsiliertabattillone, welche im Hinblick auf die neue Bedrohungslage neu formiert, ausgebildet und ausgerüstet worden waren, werden nach nur acht Jahren nämlich wieder abgeschafft, ebenso wie die Radfahrtruppe, welche besonders geeignet ist für den beweglichen, lautlosen Einsatz in besiedelten Gebieten und im Grenzraum. Die zur subsidiären Hilfeleistung bei Katastrophen, Sturmschäden, Waldbrand und Hochwasser besonders bewährten Rettungsformationen werden auf minimale Restbestände reduziert. Die zur Sicherung der Flughäfen eigens geschaffenen Flughafen-Bereitschaftstruppen werden ersatzlos aufgelöst.

Zwischen den Kantonen herrscht zurzeit in Bezug auf die subsidiären Armeeeinsätze im eigenen Land Uneinigkeit. Deshalb sind auch die so genannten «USIS»-Verhandlungen zur Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen im Bereich der inneren Sicherheit vorläufig auf Eis gelegt. Dagegen eröffnen subsidiäre Ar-

Welchen Hauptauftrag hat die Armee XXI? oder ... Was hat die Armee XXI mit der NATO zu tun?

In der ASMZ 4/2003 hatten Befürworter und Gegner der geplanten Armee XXI Gelegenheit, ihre Hauptargumente dafür und dagegen zusammenfassend aufzulisten. Interessanterweise wurde jedoch von beiden Seiten eine

zentrale Frage nicht erwähnt: Es ist die Frage nach dem zukünftigen Hauptauftrag der Armee. Ohne vorausgehende, klare Beantwortung dieser Frage bewegen sich jedoch alle Diskussionen über Strukturen, Schulungsabläufe, militärpolitische Argumente und über die Verfassungsmässigkeit letztlich im luftleeren Raum: Sie entarten zwangsläufig zu Glaubenskriegen.



SCHWEIZER SOLDAT

Aus dem Inhaltsverzeichnis der Mai-Nummer

- KKdt Jakob Huber, Gst C im Zweiten Weltkrieg
- Stalin, Donnerschlag der Weltgeschichte
- Vor 50 Jahren: Korea-Krieg, 2. Teil

meeinsätze im Ausland offenbar neue Möglichkeiten: Der Schweizer NATO-Botschafter in Brüssel äusserte sich an einer NATO-Tagung in Oberammergau im Januar 2001 wie folgt zur Möglichkeit des «Gebietsschutzes» durch Schweizer Truppen im Ausland: «Gebietsschutz» umfasst Massnahmen gegen Chaos und Unstabilität in der Schweiz benachbarten Gebieten ohne Angriff von aussen (fremde Mächte) im Einklang mit den zuständigen Behörden der benachbarten Länder.»

So bleibt der «Beitrag zur Erhaltung des Friedens» im Ausland – wenn auch unausgesprochen – übrig als zukünftiger Hauptauftrag der Armee. Auch der Armeeauftrag zur Landesverteidigung liesse sich letztlich mit Einsätzen im Ausland begründen, sofern der Souverän damit einverstanden ist. Das Schlagwort «Gehen wir zur Krise, sonst kommt sie zu uns!» deutet in diese Richtung. In gleichem Sinn äusserte sich vor zwei Jahren auch Divisionär Urban Siegenthaler, der Planungschef der Armee XXI: «Weg von der Dissonanz zur Stabilität im Umfeld der Schweiz.»

Hauptproblem Neutralität

Ist die oben zitierte Äusserung des Schweizer NATO-Botschafters mit dem Departementschef abgestimmt und realistisch, wonach die neutrale Schweiz zukünftig Teile ihrer Milizarmee für Einsätze gegen Chaos und Unstabilität in einem benachbarten NATO-Land oder in Österreich vorsehen wird? Tatsächlich hat sich derselbe Botschafter, vor seinem Amtsantritt in Brüssel Verfasser des «Sicherheitspolitischen Berichts

2000», bereits 1999 zur Frage der Neutralität der Schweiz wie folgt geäussert: «Man muss die Neutralität, an der kein Bedarf mehr besteht, sanft einschlafen lassen.» Sein Vorgesetzter, Bundesrat Samuel Schmid, äussert sich im genau entgegengesetzten Sinn, wenn er zu derselben Frage sagt: «Die Schweiz bleibt dauernd und bewaffnet neutral und tritt keinem Bündnis bei!»

Die «Partnership for Peace»-Vereinbarungen waren vom US-Präsidenten Clinton mit dem Zweck eingeführt worden, die ehemaligen Ostblock-Satellitenstaaten vorerst ohne formelle Mitgliedschaft in die NATO einzubinden. Dank der Initiative Bundesrat Ogi ist die Schweiz bekanntlich ebenfalls mit dabei. So ist in den «Grundlagen der militärstrategischen Doktrin» vom Juni 2000 denn auch festgehalten: «Die mit der NATO vereinbarten Interoperability Objectives for Switzerland gehen als Vorgaben für die mittelfristigen Interoperabilitätsanstrengungen der Armee.»

Bundesrat Schmid fährt anlässlich seiner Eröffnung des Kampfes gegen das Referendum am 17. Februar 2003 grobes Geschütz auf, wenn er den Vorwurf der Vorbereitung der Bündnis-Beitrittsfähigkeit schärfstens zurückweist: «Es ist reine Fantasie und ein Einfallslösung eigentlich nicht zu überbieten.» Der von Bundesrat Schmid zum Generalstabschef beförderte Korpskommandant Christophe Keckeis äusserte sich jedoch noch im Januar 2003 in ganz anderem Sinn: «Meine Vision sieht ein europäisches Sicherheitsumfeld vor, das allen Völkern in Europa dieselbe Sicherheit bietet. Dabei soll jedes Land – also auch

die Schweiz – seine besten «Produkte» in den gemeinsamen Topf einbringen und im Gegenzug dort von Leistungen der anderen profitieren, wo es selbst Schwächen hat.» Auch hier befällt den Betrachter ein unguutes Gefühl von unerklärten Widersprüchen.

Gibt es nur noch einen Weg?

Vieles ist offenbar im Fluss. Nach wie vor fehlt die offene Information über Gründe und Ziele der radikalen Umwälzung unseres Armeesystems. Alle Versuche, dabei verdeckt vorzugehen und die offene Auslegung von Absichten und Alternativen zu vermeiden, sind jedoch verwerflich. Bundesrat Schmid hat letztes Jahr ein Referendum als Chance zur offenen Diskussion bezeichnet. Nun ist diese Chance da. Diffamierung der kritischen Stimmen, Beschränkung der Information auf neue Strukturen, neue Schulungsläufe, auf bereits von der Armeereform 95 her bekannte Schlagworte wie «Flexibilität», «Mobilität» und auf den regelmässig wiederholten Hinweis, dass die heutige Armee nicht mehr funktioniere und zu teuer sei, täuschen jedoch nicht darüber hinweg, dass in der direkten Demokratie zuallererst eben gerade das Wichtigere offen zur Sprache gebracht und ausdiskutiert werden sollte: Die Frage nach den Grundwerten, nach der Neutralität und der allfälligen Marschrichtungsänderung unserer Aussen- und Sicherheitspolitik, nach dem daraus folgenden Hauptauftrag an unsere Armee und danach, wie die Armee diesen Auftrag zu erfüllen hat. Dazu bräuchte es Alternativen. Dieselben wurden bis jetzt jedoch nicht vorgelegt. Eine Denkpause wäre deshalb im

Interesse unseres Landes dringend angezeigt.

Wenn die Grundsatzdiskussion also vor einer Marschrichtungsänderung in der Sicherheitspolitik erfolgen sollte und nicht umgekehrt, so ist auch ein Hauptargument für die Reform kritisch zu durchleuchten: Ausbildungsmängel und Unterbestände vor allem bei den Kadern sollen nämlich die Dringlichkeit des eingeschlagenen Weges untermauern. Dabei werden die Schwachpunkte jeweils deutlich überzeichnet und das Positive in der Regel übergangen. Tatsache ist, dass die subsidiären Einsätze zugunsten unserer Bevölkerung von der Truppe ausnahmslos gut gemeistert worden sind: Der Erdbeben «Gondo», die Sturmschäden «Lothar», Waldbrände im Mixos, Hochwasser, Bewachungsaufgaben in Basel, Genf und kürzlich im WEF Davos waren die Ernstfälle der letzten Jahre. Natürlich gibt es Mängel. Die Mängel-liste ist seit 1997 vorhanden. Die Behebung der Mängel wurde vom damaligen Chef EMD jedoch untersagt. Sie schrittweise nachzuholen, wäre eine echte Option, welche keine aussen- und sicherheitspolitischen Präjudizien schaffen würde.

Erhard Semadeni
Brigadier aD
7307 Jenins

- Container-Anhänger mit Schlitten
- für 20"-Container und Abrollbehälter
- Langhub für Abstellhöhen 1120, 1220 und 1320 mm

*Mit uns
fahren Sie gut.*

L+M LANZ+MARTI
SURSEE

CH-6210 Sursee, Tel. 041 926 74 74, www.lanz-marti.ch

